

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungshändlern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verleger: Dresdener Betriebsrat (KPD) m.B.H., Dresden-Süd. Verlagsstelle und Druckerei: Buchdruckerei, 1. General 17 200. Verlagskonto: Dresden 18 000. Geschäftsstunden: Montag 16-18 Uhr abg., Dienstag 17-18 Uhr abg., Mittwoch 17-18 Uhr abg., Donnerstag 16-18 Uhr abg., Freitag 16-18 Uhr abg. (keine Sonntagsausgaben).

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 12. Mai 1931 Nummer 86

## KPD-Arbeiteropposition ruft!

### 106 Delegierte auf revolutionärer Konferenz

Hamburg, 11. Mai.

Am Sonntag tagte in Hamburg-Altona die Konferenz oppositioneller SPD, SAJ, und Reichsbanner-Mitglieder. Es erschienen 106 Delegierte, die alle noch Mitglieder der SPD sind. Unter hürmischem Vorwand referierte Genossin Maria Reife, dann Genosse Georg Naible, ehemaliger Lehrer an den Parteischulen der Berliner SPD, und der frühere SPD-Gemeindevorsteher Andreas. Dann folgte die Aussprache. Die Konferenz beschloß mit 100 Stimmen gegen 6 (Sendewitz-Deute) unter ungeheurer Begeisterung einen Aufruf an die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands und die Einberufung einer zweiten noch breiteren Oppositionskonferenz.

Über den Verlauf der Konferenz wird noch berichtet. Die Konferenz wurde von Vertretern der Hauptverbände, der Werte Blohm & Co. aus Metallbetriebe, Meißel & Hammer u. a. besucht.

In der Diskussion sprachen eine Reihe von SPD-Mitgliedern, die ihre Unzufriedenheit mit der Politik der SPD zum Ausdruck brachten. So u. a. ein SPD-Genosse aus Hefen, eine Vertreterin der sozialdemokratischen Angestellten von Harburg, ein Altonaer SPD-Genosse, eine oppositionelle SPD-Genossin aus Hamburg.

Die zur Konferenz eingeladenen Kreisvorsitzenden der SPD waren nicht erschienen, hatten aber einige Vertreter vorgeschickt. Mehrere Sendewitzleute vermachten die Wirkung der Konferenz abzuwachen, aber es gelang ihnen nicht, und über von ihnen wollte nicht seinen Namen sagen, weil er sonst am nächsten Tage aus der SPD ausgeschlossen würde. Genossin Reife widerlegte die Sendewitzmänner treffend, unter richtigem Beifall die Einwände der Sendewitz-Deute. Der (mit 100 gegen die 6 Sendewitz-Deute) angenommene Aufruf lautet:

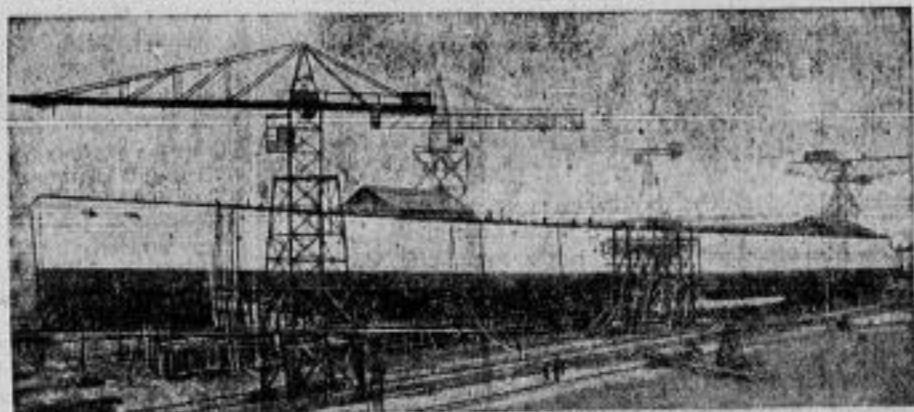
**Einheitsfront im Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!**  
Die am 10. Mai 1931 in Altona tagende zahlreich besuchte Konferenz oppositioneller Mitglieder der SPD, der SAJ und des Reichsbanners nahm Stellung zur Politik der SPD und zu dem bevorstehenden Parteitag in Leipzig. Sie ist einmütig der Auffassung, daß der Leipziger Parteitag keinen Wendepunkt der Sozialdemokratie von der bisherigen Politik der Regierung des Reiches bedeutet. Nach wie vor werden die sozialdemokratischen Führer den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und der Unterdrückung der sozialistischen Bewegung fortsetzen. Der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse ist notwendigerweise ein revolutionärer. Er kann ausgeführt werden nur unter revolutionären Lösungen, durch die proletarische revolutionäre Einheitsfront, die wir mit allen unseren Kräften unterstützen werden, ohne uns durch irgendwelche Machtkontingenzen der Parteibürokratie davon abhalten zu lassen. Die Politik der sozialdemokratischen Parteiführer ist darauf angelegt, die Arbeiter in Illusionen gefangen zu halten, damit sie als Stützen zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft gebraucht werden. Die Politik des Reichsbanners macht die sozialdemokratischen Arbeiter im Reichsbanner zu einem Teil der Klassenarmee des Kapitalismus gegen die Interessen des Proletariats. Die sozialdemokratische Jugendpolitik erstrebt die Entpolitisierung der Jugend und die Verhinderung der Einziehung der proletarischen Jugend in die revolutionäre Arbeiterfront.

Wir rufen die Arbeitergenossen in allen Teilen Deutschlands dazu auf, unserem Beispielen zu folgen. Die Oppositionskonferenz in Altona muß ein Auftakt sein zu kühneren Auftreten der Arbeiteropposition in ganz Deutschland.

**Vorwärts unter der Fahne des Marxismus!**  
**Hoch das Banner des Sozialismus!**  
**Vorwärts gegen den Faschismus!**  
Es lebe die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats im Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!

### SPD-Übertritte auf SAJ-Konferenz in Leipzig

Auf einer Massenlandung, die anlässlich des 3. Landeskongresses der Internationalen Arbeiterhilfe in Leipzig abgehalten wurde, erklärte nach dem Aufruf des Vorsitzenden der kommunistischen Partei in Sachsen, Genosse Fritz Selbmann, der SPD-Funktionäre Schirmer seinen Übertritt zur KPD und forderte alle SPD-Arbeiter auf, ihm zu folgen und mit der Partei des Arbeitervertrats Schluß zu machen. Ein 27 Jahre in der SPD organisierter Genosse wurde in das Präsidium des Kongresses gewählt, wobei er die Erklärung abgab, er habe sich durch Mitarbeit davon überzeugt, daß die Inter-



Panzerkreuzer A vor der Fertigstellung. Sein Bau wurde am 10. August 1928 von der SPD-Müller-Regierung beschlossen. Der Stapellauf des Kriegsschiffes, das „Deutschland“ heißen soll und der Rüstung gegen die UdSSR dient, findet am 19. Mai in Anwesenheit Hindenburgs und mit großem militärischen Rummel statt. Inzwischen hat die SPD-Führung schon den Panzerkreuzer B bewilligt, C und D folgen. Die 106 oppositionellen SPD-Arbeiter, die in Hamburg tagten, haben die Konsequenz gezogen — ein Beispiel für alle sozialdemokratischen Proleten!

nationale Arbeiterhilfe eine Organisation wahrhaft proletarischer Solidarität sei, die alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei unterstützen müßten.

Ein ausführlicher Bericht über den Verlauf des Kongresses folgt.

## 2. Notverordnung — nach SPD-Parteitag!

### Abgekartetes Spiel zwischen Wels und Brüning zur Täuschung der SPD-Arbeiter

Wir berichteten bereits gestern über die Rede Brünings auf der Zentrumsoberlammung in Cloppenburg, in der er ankündigte, daß er die neuen Abbaumassnahmen gegen die Erwerbslosen, Rentenempfänger, Beamten usw. erst in 14 Tagen bekannt geben wolle. Wir schrieben, daß Brüning dem SPD-Vorstand die Täuschung der Arbeiter auf dem Leipziger Parteitag erleichtern will und deshalb die Notverordnung erst nach dem Parteitag erlassen wird. Das bestätigt heute auch der Dresdener Anzeiger, der aus Berlin meldet:

„Besonders bemerkenswert ist die Ankündigung des Kanzlers, daß er in vierzehn Tagen die nötigen Sparmaßnahmen bekanntgeben wolle. Es muß dahingestellt bleiben, ob der Kanzler diese Frist innehalten kann, da in drei Wochen der sozialdemokratische Parteitag stattfindet und es nicht leicht ist, zweckmäßig in, nach vor diesem Parteitage das gesamte Finanz- und sozialpolitische Reformwerk bekanntzugeben.“

Brüning und Wels arbeiten unter einer Decke, um die SPD-Arbeiter zu betrügen. SPD-Arbeiter, Augen auf! Nach Schluß mit den Wels und Welsel, folgt dem Aufruf der Hamburger Konferenz der Arbeiteropposition!

## Lohnraub an Angestellten und Beamten

### Abbau bei den Angestellten der Arbeitsämter / Zwangsanleihe bei Beamten geplant

Im heutigen Vorwärts macht der JdM die alarmierende Mitteilung, daß der gekündigte Tarifvertrag für die Angestellten, die in den Arbeitsämtern beschäftigt sind, einer „Revison unterzogen“ wird; es wird nämlich ein Entwurf ausgearbeitet, der einen hohen Gehaltsraub vorsieht. Die Fortführung der Gehaltsraub-Verhandlungen findet morgen statt. Wie wir hören, stellt dieser ungeheuerliche Vorstoß den Ausgangspunkt einer neuen Gehaltsabbau-Offensive auch gegen die anderen Angestelltengruppen in öffentlichen und privaten Betrieben dar.

Die Berliner Welt am Abend berichtet im Zusammenhang mit Brünings Rede in Cloppenburg, in der er die Berufsämter neuer sozialreaktionärer Maßnahmen in 2 Wochen ankündigt, daß diese u. a. besonders die unteren und mittleren Beamten treffen werden. Brüning will einen Abbau der Beamtengehälter in der Weise vornehmen, daß eine „Zwangsanleihe“ bei den Beamten von etwa 10 Prozent ihrer Bezüge gewährt wird; die Anteilshöhe dürfen nicht verändert werden und werden (vielleicht einmal) in der Pension mit zurückgezahlt.

Das Berliner Tageblatt schreibt dazu:

„Das gleiche Schicksal zu einem solchen Abbau umgehen, aber wohl in anderer Form (?) als ... geschieht, ist nicht unbekannt ... Sollte in der Regierung wieder Erwarten(?)

die Richtung die Oberhand gewinnen die die Rettung in erster Linie durch einen radikalen Abbau der sozialen Leistungen und durch einen neuen Angriff auf die persönlichen Bezüge sucht, so wird, wie nicht zu bezweifeln ist, der Reichstag zusammengetreten, und die stille Zeit wird zu Ende sein.“

Die Beamten werden diese Maßnahmen über den Reichstag nicht teilen. Denn die bürgerlichen Parteien des Reichstages einschließlich der SPD und der Nazi-partei unterstützen die Brüning-Regierung.

Die Beamten und Angestellten können den neuen Gehaltsraub nur abwehren, indem sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse und mit der Partei vorgehen, die allein die Volksinteressen vertritt, mit der KPD!

### Belagerungszustand und Barrikaden in Spanien (sette 9)

### Weitere rote Siege bei der Reichsbahn in Sachsen

Dresden, den 12. Mai.

Das Ergebnis der Betriebsrätemahl an der Reichsbahn ist ein glänzender Erfolg der KPD. Alle Terrormaßnahmen und der ungehemmte sozialfaschistische Vögelnselbstvermachten nicht, den schnellen Vorrang der KPD aufzuhalten. Schon die Dresdner Ergebnisse, die wir gestern veröffentlichten, zeigen den KPD-Sieg über Dopfmüller und seine Kacke. Heute können wir weitere Zahlen aus Sachsen und Schießen beibringen.

Halleschebahnhof Leipzig-Wahren: die KPD 124 St. (117, EdE 158 (189);

Bahnmeisterei II Leipzig: die KPD 75 St., EdE 44;

Reichsbahnwaggonbetriebswerk Chemnitz: KPD 875 St., EdE 650, Christen 180 — EdE verliert 2 Mandate, KPD gewinnt 1 Mandat;

Rangierbahnhof Chemnitz-Silberdorf: KPD 78 St., EdE 74 St.;

Bahnbetriebswerk Chemnitz Hauptbahnhof: KPD 44 St., EdE 72;

Bahnhof Reichenhain: KPD 8 St., EdE 2;

Bahnmeisterei Reichenhain: KPD 42 St., EdE 8;

Bahnmeisterei Reichenhain: KPD 22 St., EdE 30 (keine eigene Liste);

Hauptbahnhof Dresden: KPD 63 Stimmen auf 4 Mandatstellen (12);

Das erste Bezirkswahlergebnis liegt aus der Direktion Breslau vor: KPD 2489 (2365), EdE 8814 (10.271), EdE 1930 (1767), KPD 1215 (1304). Der EdE verliert fast 2000 Stimmen, die KPD gewinnt 100 Stimmen.